

Kapitel 1:

Wirtschaftswachstum, Energiewachstum und Atomkraftwerke

Exponentielles Wachstum – Wachstumsraten als wirtschaftliche Notwendigkeit – Der geplante Verschleiß – Blockieren von Patenten – Politiker: Gefangene des Systems – Staat von Industrie abhängig – Entwicklung der atomaren Energieerzeugung – Zweites Ruhrgebiet in Norddeutschland – Umweltverschmutzung und Chemiegefahren – Filbinger: 1980 gehen die Lichter aus – Ministerreklame für Atomenergie – Langzeitplanung zweifelhaft – Rand Corporation: Kernenergie, die ungeeignete Alternative – Anstatt Energielücke Überkapazitäten – Wirtschaftswachstum ist ohne Energiezuwachs möglich – Atomindustrie durch „unersättliche Verbraucher“ gezwungen? – Bundeskanzler Schmidt: Atomstrom macht unabhängig – Unerschöpfliche Atomvorräte reichen bis 1993 – Atome zur Entwicklung? – Atomstrom 100mal kapitalintensiver als traditionelle Verfahren – IAEA fördert Atomkraft und verhindert Alternativen – Die Ölmultis beherrschen den Uranmarkt – Machtkonzentrationen über das Energiemonopol – Internationale Energiekonzerne auf dem Weg zur Weltherrschaft – Politiker gegen Bürgerinteressen – „Freie“ Wissenschaft: Ableger vom Kapital? – Glaubwürdigkeit von Gutachtern – Für Millionenbeträge Fehlinformationen – Fragestellungen zu den Energieproblemen

In den letzten Jahren wurde das Konzept des ständig anwachsenden Bruttosozialproduktes und des damit verbundenen Wirtschaftswachstums erstmalig in der Geschichte der Menschheit mit gewichtigen Argumenten angezweifelt.^{1,2,3,4,5,6,7,8,9,10,11,12,13,14} Dennoch handeln Regierungen, Industrien und Behörden weiter nach eben diesem Prinzip und stellen die Weichen für eine Zukunft, die in die Katastrophe führen wird. Als Beispiel könnte der „Entwurf eines ökonomisch-politischen Orientierungsrahmens für die Jahre 1973–1985“ der Bundesregierung genannt werden, der auf einer jährlichen Zuwachsrate von ca. 5% aufbaut.¹⁵

Von 1963 bis 1973 betrug die jährliche Wachstumsrate der Industrieproduktion in der BRD durchschnittlich 7%. Wenn wir ab 1980 eine 8prozentige Wachstumsrate hätten, so erreichten wir 1989 eine Verdoppelung, 1998 eine Vervierfachung, 2006 eine Verachtfachung und im Jahre 2067 eine Vertausendfachung der Industrieproduktion.

Mit dieser kleinen Rechnung wird das Problem des exponentiellen Wachstums deutlich. Ein sich verdoppelndes Wirtschaftswachstum ist auf Dauer nicht möglich. Vielleicht kennen Sie die Geschichte vom Erfinder des Schachspiels, dessen König ihm für das Spiel jeweils die doppelte Menge an Getreidekörnern für jedes Feld auf dem Schachbrett versprochen hatte (für das erste 1 Korn, für das zweite 2 Körner, für das dritte 4 Körner usw.) Der König mußte schnell erkennen, daß so viele Getreidekörner in der ganzen Welt nicht aufzutreiben waren.

Ähnlich verhält es sich mit den Vorstellungen über das Wirtschaftswachstum. Und obgleich jeder Mathematiker, Politiker und Wirtschaftswissenschaftler sie ad absurdum führen kann, klammern sich Politiker und Parteien an das Konzept des Wirtschaftswachstums. Dazu einige Beispiele:

1970 erklärte das Bundesministerium für Wirtschaft: Ohne wirtschaftliches Wachstum gäbe es keinen ausreichenden, zu einem höheren Lebensstandard führenden Fortschritt von Wissenschaft und Technik, keine Vollbeschäftigung, keine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen, keine soziale Sicherheit und keine neueren Möglichkeiten des Staates zur Erfüllung der zunehmenden Gemeinschaftsaufgaben, vor allem im Bereich des Bildungswesens und der Infrastruktur.¹⁶

Später äußerte sich der damalige Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs wie folgt: „Ich brauche nicht zu wiederholen, daß ein ausreichendes gesamtwirtschaftliches Wachstum aus folgenden stichwortartig aufgezählten Gründen nötig ist. Einmal, um unser Sozialversicherungssystem zu finanzieren, das dynamisch angelegt ist; zum anderen, um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren; weiterhin, um die Strukturprobleme der Wirtschaft und der Einkommens- und Vermögensverteilung zu lösen – denn es läßt sich aus Zuwachs eben leichter und auch leichter anders verteilen als aus Substanz –; um die Umweltschutzmaßnahmen zu finanzieren; und schließlich, um einen Beitrag zur gesunden Entwicklung der Weltwirtschaft über den Abbau der Zahlungsbilanzdefizite wichtiger Handelspartner zu leisten. Das sind Aufgaben, die im Falle eines zu geringen Wachstums oder gar bei Nullwachstum entweder nicht oder nur bei sinkendem Realeinkommen, also zu deutsch: bei sinkendem Lebensstandard, erfüllt werden können. Das kann nicht Ziel von Politik sein.“¹⁷

Auch die CDU-Fraktion erklärte im Bundestag, daß ein Wirtschaftswachstum nötig sei, um die Vollbeschäftigung wieder zu erreichen, nachfolgenden Generationen ein lebenswertes Dasein zu ermöglichen, um den Entwicklungsländern wirksam

zu helfen und um einen Beitrag zum sozialen Frieden in Europa und in den Ländern der Dritten Welt zu leisten. „Damit ist eine wachsende Wirtschaft zur Sicherung unserer nationalen Existenz und zur Erhaltung des sozialen Friedens erforderlich.“¹⁸

Einer der größten Befürworter der Atomenergie und des Wirtschaftswachstums ist der ehemalige Bundesforschungsminister Hans Matthöfer: „Je höher die Wachstumsraten sind, um so besser sind die Chancen, davon einen genügenden Teil abzuzweigen für die Verbesserungen der Umweltbedingungen. Gar nicht zu reden davon, daß es gerade zynisch unsozial ist, angesichts der nach wie vor gewaltigen Wohlstandsunterschiede – national wie erst recht im Verhältnis zu den Entwicklungsländern – einer bewußten Wachstumsdrosselung das Wort zu reden . . .¹⁹ Wenn wir die Arbeitslosigkeit beseitigen wollen und wenn wir die eine Million zusätzlicher Arbeitsplätze für die heranwachsenden geburtenstarken Jahrgänge schaffen wollen, wenn wir die durch Rationalisierung Freigesetzten in neue, bessere Arbeitsplätze bringen wollen und wenn wir in der zunehmenden internationalen Konkurrenz bestehen wollen, dann halte ich ein jährliches Wachstum von vier bis fünf Prozent für erforderlich. Dazu brauche ich dann auch ein entsprechendes Energieangebot . . . Wer sagt, er will kein Wachstum, den muß man fragen, welche Wirtschaftsordnung er will. Denn die Wirtschaftsordnung, in der wir leben, ist voll auf Wachstum angelegt. Sie ist auf demokratische Art und Weise auch nicht kurzfristig zu ändern. Wir brauchen Wachstum.“²⁰

Alles, was hier zitiert wurde, werde ich im Laufe dieses Buches widerlegen, nur den letzten Absatz von Hans Matthöfer nicht, denn darin hat er Recht: Diese Wirtschaftsordnung braucht Wachstum, und sie ist voll auf Wachstum angelegt!

Um diese Behauptung zu untermauern, müssen wir den Kapitalismus in seinen Grundzügen betrachten. Für den Kapitalisten ist typisch, daß er sein Geld nicht verpraßt wie früher die Fürsten, sondern daß er sein Kapital im Hinblick auf Gewinn investiert. Diesen Gewinn investiert er dann wieder, um einen noch höheren Gewinn zu erzielen, den er wiederum investiert usw. Daraus folgt ein stetiges Wachstum. Kein Kapitalbesitzer kann sich dieser Dynamik entziehen. Denn wenn er nicht die Maschinen beschafft, die mit weniger Arbeitern mehr Güter billiger produzieren, tut es die Konkurrenz. Das heißt aber auch, daß sich immer größere Firmen bilden, die immer mehr und immer billiger produzieren. Dabei zählt nur der kurzfristige und kurzfristige Maßstab der jeweiligen Wachstumsrate. Jede Umweltmaßnahme und jede Rücksichtnahme auf die Natur würde die Erfüllung dieses Ziels gefährden, es sei denn, daß durch technische Umweltmaßnahmen eine neue Wachstumsindustrie gebildet wird, die zur Erhöhung des Bruttosozialproduktes beiträgt.

Aber mehr Konsum und mehr Güter bedeuten nicht eine automatische Verbesserung oder ein „Glücklichsein“ der Verbraucher. Häufig bedeutet es, daß man für

das bezahlen muß, was vorher kostenlos war. Weil man z. B. anstelle des immer ungenießbarer werdenden Leitungswassers mehr und mehr zum Kauf von Mineralwasser übergeht. Oder, daß man viel mehr bezahlen muß, um die steigenden Gesundheitskosten (Psychopharmaka oder den Psychiater) auszugleichen. Diejenigen, die an dem Wachstum verdienen, berücksichtigen nicht die Zerstörungen, die sie an dem Menschen, in den zwischenmenschlichen Beziehungen und in der Umwelt anrichten.

Auch sind bei weitem nicht alle Güter sinnvoll, die produziert werden. Die moderne Rüstungsindustrie mit ihren enormen Ausgaben und mit ihrem gewaltigen Energieverbrauch ist hierfür ein Beispiel. Aber auch viele der Konsumgüter sind überflüssig oder von minderer Qualität. Und auch das hat seine Gründe in den marktwirtschaftlichen Zwängen. Denn würde man nur hochwertige Güter produzieren, so wäre eines Tages der Markt gesättigt, weil nichts kaputt geht. Das darf nach Logik des Kapitalismus nicht geschehen. Daher müssen der Konsum und eine künstliche Bedürfnisproduktion geplant, durch die Werbung durchgesetzt und laufend neue Güter entwickelt werden, die die alten nutzlos machen. Oft handelt es sich bei den Neuerungen um technisch wertlose Einzeländerungen oder um modische Erscheinungen, die die vorherigen Modelle als veraltet erscheinen lassen.

Damit sich nicht-modebewußte Menschen nicht dem Konsum entziehen, hat man noch eine zweite Methode entwickelt – den geplanten Verschleiß. Die Verringerung der Lebensdauer von Konsumgütern ist eng mit dem Entwicklungsstand der jeweiligen Industriegesellschaft verbunden. So hat sich in Frankreich die Lebensdauer der Autos von 14 Jahren (1962) auf knapp 12 Jahre (1974) verringert, und in den USA beträgt sie nur knappe 5 Jahre. Die ersten Leuchtstoffröhren, die 1938 von Philips fabriziert wurden, hatten eine Lebensdauer von 10 000 Stunden. Sie konnten also ohne Unterbrechung vierzehn Monate lang brennen. Schlechtes Geschäft, urteilte die Philips-Direktion, die – ehe sie die Röhren auf den Markt brachte – die Lebensdauer auf 1000 Stunden (oder 42 Tage) senkte.^{21,22}

In einer schwedischen Studie über die wichtigsten Konsumgüter wurde nachgewiesen, daß von 1000 Artikeln, die 1950 auf dem Markt waren, 1955 nur 470 überlebt hatten und 1960 nur noch 300 übrigblieben. Deutsche Statistiken zeigen, daß die üblichen Gebrauchsmöbel moderner Fabrikation von einer Familie alle zehn Jahre ersetzt werden. Uhren, die einst ein Leben lang hielten, funktionieren nur noch ein paar Jahre lang. In Frankreich klagen die Verbraucherverbände, daß Zündkerzen, Autoreifen, Rasierklingen, Kühlschränke, Kleidung, Schuhe usw. von immer mäßigerer Qualität seien und eine immer kürzere technische Lebensdauer hätten.^{23,22} Einwegverpackungen und -behälter werden systematisch gefördert. Wegwerfprodukte wie Kugelschreiber, Feuerzeuge, Tischdecken, Servietten, Papiertaschentücher, Pappgeschirre, Papierunterwäsche usw. dringen in unser

tägliches Leben, ja selbst ins Krankenhaus vor. Mit psychologischer Pfiffigkeit veranlassen Deutschlands beste Werbepsychologen den Normalverbraucher, leere Flaschen mit lässiger Geste hinter sich zu werfen – gleichgültig wohin. Sie hatten Erfolg, zum größten Entzücken ihrer Auftraggeber, und das „Handelsblatt“ frohlockte: „Wegwerfen wird zu einem Lebensstil, der Milliarden jährlich Umsatz bringen wird.“²⁴

Eine weitere Methode, die einen möglichst hohen Absatz gewährleisten soll, ist die Blockierung von Patenten. So ist bekannt, daß heute unbegrenzt neu entzündbare Streichhölzer, sehr lange brennende Glühlampen, unzerstörbare Damenstrümpfe usw. produziert werden könnten. Viele dieser Patente wurden von großen Firmen aufgekauft, aber nicht, um sinnvoller zu produzieren, sondern um eine sinnvolle Produktion zu verhindern. In der kapitalistischen Marktwirtschaft ist Verschwendung und Neuerung – also das Gegenteil der Haltbarkeit – ein Antrieb des Wachstums und eine Bedingung für das Erhalten der Vollbeschäftigung.²²

Demnach gilt es hier festzustellen:

- Es gibt mächtige ökonomische Interessen, die alle jene Prozesse aufrechterhalten, die zur Stabilisierung von Profitchancen notwendig sind.
- Es gibt kein Mitspracherecht der Konsumenten. Was es gibt, sind Kapitalinteressen der Kapitaleigner, ein weiteres Wachstum aufrechtzuerhalten und ihre Produktionsstruktur so wenig wie möglich zu verändern.

Mit anderen Worten: Wir müssen die Kräfte und Interessen verstehen, die den Anschein erwecken möchten, daß gewisse Erscheinungen wie z. B. die Atomenergie das unvermeidliche Ergebnis der technischen Entwicklung sind und nicht vielmehr der Ausfluß des Bemühens gewisser tonangebender Wirtschaftsmächte, ihre bevorzugte gesellschaftliche und wirtschaftspolitische Machtposition abzusichern.²⁵

Gegen die in Verbänden gebündelten kapitalistischen Einzelinteressen, die wiederum in Bonn und anderen wichtigen Stellen Einfluß nehmen, sind einzelne Bürger und sogar Politiker hilflos. Sie geben privat zu, wie „Die Zeit“ schreibt, „Gefangene des Systems“ zu sein.²⁶ Ähnlich äußerte sich J. C. Terlouw, Abgeordneter der Niederlande im Europäischen Parlament: „Für Politiker bleibt doch bei allen Entscheidungen der Aspekt vorherrschend, welchen Nutzen sie kurzfristig daraus ziehen können und nicht, was es den Menschen nützt.“²⁷ Das erklärt auch, warum in den letzten zwanzig Jahren fünf mal fünfhundert Bundestagsabgeordnete zwanzig Milliarden DM für die Forschung und Entwicklung der Atomenergie bewilligten. Ihnen zur Seite standen in diesen zwanzig Jahren einige tausend Landtagsabgeordnete, denn auch sie mußten Hunderte Millionen Mark für diesen Zweck aus den Haushalten der Bundesländer zuschießen. Hat man in diesen zwanzig Jahren jemals davon gehört, daß einer, wirklich auch nur ein einziger dieser Volksvertreter sich von seiner Abgeordnetenbank erhoben hätte, ans Rednerpult

gegangen wäre und gesagt hätte: Es mag ja sein, daß andere mehr von der Atomenergie verstehen als ich. Ich weiß auch, daß ich gegen die Interessen der Atomenergieindustrie nichts ausrichten werde. Aber mir kommt das Ganze nicht geheuer vor, und im Namen der Bürger, die ich hier zu vertreten habe, verlange ich Aufklärung über folgende Themen . . . Und bis man mich nicht überzeugt hat, werde ich keine Mark mehr für die Atomenergie bewilligen!²⁸

Aber nicht nur die Politiker, die teilweise nur zu gerne Abhängige vom System sind, auch der Staat muß den „Sachzwängen“ gehorchen, da er steuerlich vom kapitalistischen Wachstum abhängig ist. Wie die Steuerstatistik zeigt, ergibt die direkte Lohnsteuer und die Mehrwertsteuer den Löwenanteil der staatlichen Einnahmen. Die aus Steuern bezahlten staatlichen Löhne und Sozialleistungen reisen „Huckepack“,²⁹ Der Staat ist also direkt von der Industrie abhängig, und er hat kaum einen Spielraum. Und daraus folgt, daß ein wesentlicher Teil der abgeschöpften Steuern wieder so verwendet werden muß, daß der kapitalistische Wachstumsprozeß in Gang gehalten wird, damit die Kuh weiter gemolken werden kann. Die wichtigste Aufgabe des Staates ist also, die kapitalistische Struktur der gesellschaftlichen Produktion aufrechtzuerhalten und abzusichern, da seine Handlungsfähigkeit von den eingenommenen Steuern abhängt.

Diese Tatsache wird deutlich, wenn man sieht, wie jedes Jahr mehr und mehr Firmen, die von Pleite bedroht sind, in die Büros der staatlichen Wirtschaftsförderer drängen. Die Drohungen mit Massenentlassungen sind dabei regelmäßig im Spiel, wenn die Firmen den Staat um Steuergelder schröpfen wollen. Und der Staat geht großzügig mit unseren Steuergeldern um. 1977 waren es 17,5 Milliarden DM, und man spricht für die Zukunft von gigantischen Garantiesummen. Denn erst unlängst berichteten Bonner Finanzexperten Kanzler Schmidt, für die Finanzierung neuer Atomkraftwerke seien Bürgschaften von 20 bis 40 Milliarden DM erforderlich.³⁰ Der Satz „Gewinne werden privatisiert, Verluste sozialisiert“ wird dann mit der Schaffung von Arbeitsplätzen entschuldigt, obgleich gerade diese staatlichen Förderungsmaßnahmen verwendet werden, um Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Daß das alles von den Arbeitenden finanziert wird und sie dabei noch ihren Arbeitsplatz verlieren, macht deutlich, wer in der kapitalistischen Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik über die Macht verfügt.

Obwohl das Wachstum von einer gewissen Grenze an mehr und mehr zerstört, muß der Staat dieses blinde kapitalistische Wachstum erst einmal fördern, um hier und da die Folgen abzumildern und zu reparieren. Daher wird auch die Umweltverschmutzung nicht etwa verboten, sondern es wird durch gesetzliche Auflagen ein künstlicher Markt erzeugt. So können von den verschmutzenden Industrien Umweltschutzeinrichtungen installiert werden, die von anderen Industrien produziert und angeboten werden. Auf diese Weise lassen sich Arbeitsplätze schaffen und das Wirtschaftswachstum steigern. Und Wirtschaftswachstum und Vollbeschäfti-

gung gelten in unserem Staat als wichtigste Ziele schlechthin, wie die vorherigen Zitate wohl ausgiebig belegen konnten.²²

Um die angestrebten Zuwachsraten realisieren zu können, werden zwangsläufig Energiequellen benötigt, die ihrerseits zur Zerstörung der Umwelt beitragen. Bei allen energieverbrauchenden Prozessen wird die Energieerzeugung immer dann umweltzerstörend sein, wenn sie nicht aus natürlichen Energiequellen wie Sonnen-, Wind-, Tier- oder Menschenkraft erfolgt.³¹ Bei Energiegewinnung aus fossilen Brennstoffen entstehen z. B. Staub, Schwefeldioxid, Stickoxide, Kohlendioxid, Schwefelwasserstoff, Mercaptane, Säuredämpfe, Quecksilber, Halogenverbindungen, organische Verbindungen etc.^{32,33,34} Wenn wir weiterhin fossile Brennstoffe in steigendem Maße verbrauchen, werden ernsthafte Probleme auf regionaler Ebene entstehen. Dabei mag sich die Klimawirkung des Kohlendioxids global als Problem erweisen.

Um einen Teil dieser Probleme zu umgehen und um auch die hohen Kosten der Atomwaffenentwicklung zu rechtfertigen, begannen Regierungen, die Nutzung der Kernenergie zu fördern. Die atomare Spaltung wurde 1938/39 von Hahn und Strassmann entdeckt. 1942 wurde zum erstenmal mit Kernspaltung Energie erzeugt. 1953 wurde zum erstenmal „Atomstrom“ gewonnen, d. h. atomare in elektrische Energie umgewandelt und 1966 von dieser Erfindung kommerziell Gebrauch gemacht. 1973, also 34 Jahre später, nachdem man Hunderte Milliarden DM investiert hat, werden in den entwickelten Ländern 3% der Elektrizität und 0,7% der Primärenergie nuklear erzeugt, obgleich sehr wesentliche Probleme noch immer nicht gelöst sind.³⁵

Dennoch wurden für die Energieerzeugung durch Atomkraftwerke enorme Zuwachsraten verwirklicht, und weitere sind geplant. Die Kraftwerkkapazität ist vom Versuchsatomkraftwerk Kahl (Inbetriebnahme 1962) mit 15 MWe (1 Megawatt elektrischer Leistung = 1000 Kilowatt) auf 1200 MWe für das Atomkraftwerk Biblis (Inbetriebnahme 1973) gesteigert worden. Dies bedeutet innerhalb von nur 11 Jahren eine Leistungssteigerung um das Achtzigfache und dabei eine Kostensteigerung (gesamte Baukosten) je Kraftwerk um etwa das Zehnfache im gleichen Zeitraum.³⁶

Aber nicht nur die Atomkraftwerke selbst stellen ein Problem dar, sondern auch die Industrie, die die gewaltigen Strommengen aus großen Atomkraftwerken verbraucht.

Bei diesen Großverbrauchern handelt es sich hauptsächlich um Aluminium-, Elektro-, Eisen- und Stahlwerke, um chemische Industrie und sonstige Schwerindustrie, also vor allem um stark umweltverschmutzende und gesundheitsgefährdende Industrien. Die jetzigen Hauptzentren für diese Industrien sind das Ruhrgebiet und das Rhein-Main-Gebiet. Bei der Erörterung des 4. Atomprogramms im Februar 1973 wurde von einem Professor aus Düsseldorf bekanntgegeben, daß die

Lebenserwartung im Ruhrgebiet schon jetzt mit 8 bis 10 Jahren unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Ebenso werden andere schwere gesundheitliche Beeinträchtigungen von Schlipkötter und Dolgner aus ähnlich belasteten Gebieten berichtet. In der Tschechoslowakei zeigte sich in mehreren vergleichenden epidemiologischen Studien an 10- bis 12jährigen Schulkindern, daß in stark luftverunreinigten Gebieten die Körpergröße geringer und die Knochenreifung weniger weit fortgeschritten war als in Wohnorten mit reiner Luft . . . Im Düsseldorfer Institut sind ähnliche Untersuchungen an Kindergruppen in einer Industriestadt und in drei Reinluftgebieten angestellt worden . . . Die Resultate bestätigen die tschechischen Ergebnisse voll: Bei den Kindern im Industriegebiet wurde gegenüber den Kindern in den Reinluftarealen eine relativ verzögerte Körperentwicklung, bestimmt aus dem Verhältnis von Körpergröße und Knochenreifungszustand zum Kalenderalter eines jeden Probanden, gefunden.³⁷

Das aber bedeutet, daß die traditionellen Industriegebiete nicht mehr beliebig belastet werden können. Aber welche Ausweichgebiete stehen dann zur Verfügung?

Vom Standpunkt der Industrie läßt sich feststellen, daß für eine langfristig geplante Industrialisierung folgende Voraussetzungen nötig sind: Genügend Kühlwasser, Häfen und eine möglichst niedrige Bevölkerungszahl.

Der Niedersächsische Minister für Wirtschaft und öffentliche Arbeiten weiß, wo diese Möglichkeiten bestehen: „Kern- und konventionelle Großkraftwerke produzieren billigen Strom. Sie werden die Standortvorteile aus den unbegrenzten Kühlwasserreserven an den großen Flußläufen und an der Küste nutzen.“³⁸

Diese Standortvorteile sind weitgehend in Norddeutschland vorhanden. Im Landesplanungsrat Hamburg/Schleswig-Holstein und Hamburg/Niedersachsen sind dementsprechende Maßnahmen eingeleitet worden. In verschiedenen Konferenzen, in Landesplanungsräten und in einem Hauptausschuß sind bereits eine Reihe von Entschlüssen gefallen, von denen zu befürchten ist, daß sie als verbindliche Richtlinien für die nachgeordneten Planungsträger rechtsverbindlich sind. Die betroffene Bevölkerung wurde dabei weder sachgerecht informiert noch nach ihrem Willen gefragt. Ein Ausverkauf der Zukunft unter Ausschluß der Öffentlichkeit? Nach den zur Verfügung stehenden Informationen muß genau dies befürchtet werden. Sogar die Planer äußern sich in diesem Sinne: „Weil sich alle Beratungen bis zu diesem Zeitpunkt auf der Ebene der Regierungen beider Länder abgespielt hatten, waren die Interessen der unmittelbar Betroffenen – nämlich der Gemeinden und Kreise – unberücksichtigt geblieben.“³⁹ Die Bevölkerung als unmittelbar betroffenen Teil erwähnt man überhaupt nicht. Veröffentlichungen und Planzeichnungen des Landes sehen in Niedersachsen und Hamburg vor, daß an der Küste und entlang der Elbe in dichter Folge Grundzentren zur Industrialisierung erschlossen werden sollen, und Anlage und Entwicklung von „Aufbauorten“ und

„Aufbauachsen“ in den Bereichen Buxtehude, Winsen, Brunsbüttel, Lüneburg, Cuxhaven, Wilhelmshaven, Brake, Nordenham, Emden, Leer, Verden, Syke, Kaltenkirchen, Bad Oldesloe, Elmshorn, Geesthacht etc. sind geplant.^{39,40,41}

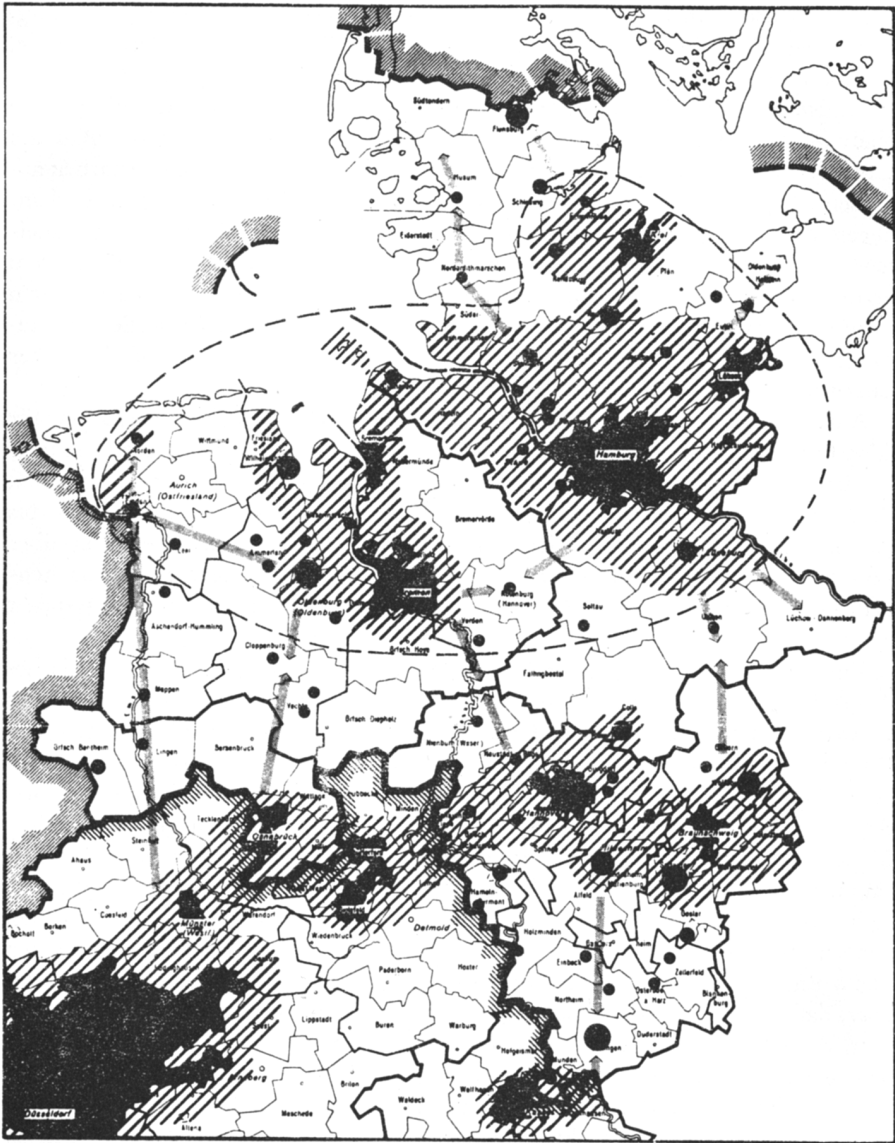
Ministerpräsident Dr. Stoltenberg sagte bei seiner Regierungserklärung 1971 in Kiel: „Einen besonderen Rang wird in den nächsten vier Jahren der Bau des Großflughafens Kaltenkirchen einnehmen . . . In noch engerer Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen vor allem unseres Landes wollen wir die vorhandenen Mittel auf zukunftssträchtige Vorhaben konzentrieren und neue Möglichkeiten wirtschaftlicher Entwicklung in diesem Lande nutzbar machen, unter anderem im Bereich der Kernenergie und der Meerestechnik . . . Größere Vorhaben vor allem zugunsten von Arbeitnehmern werden als flankierende Maßnahmen die Erweiterung bestehender und die Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe in der Nähe der Entwicklungsschwerpunkte unterstützen.“⁴²

Aufschlußreich sind auch die Bemerkungen des ehemaligen Senators für Wirtschaft und Verkehr der Freien und Hansestadt Hamburg, Helmut Kern: „Das Modell beschränkt sich sachlich auf die wirtschaftliche Entwicklung – . . . mit dem Ziel der Sicherung und Beschleunigung des Wachstums.“ „Bis vor kurzem – d. h. bis zu dem Zeitpunkt, an dem es sicher war, daß die Region in absehbarer Zeit über kostengünstig arbeitende Kernkraftwerke verfügen wird – konnte standortsuchenden Unternehmen dieser Art kein konkurrenzfähiges Energie-Preis-Angebot gemacht werden.“⁴³

Zur Verstärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur ist ein systematischer Ausbau der Infrastruktur geplant. So soll neben Energieerzeugungsanlagen und Gewerbeflächen ein Netz radial und tangential verlaufender Autobahnen und Bundesstraßen errichtet werden. Von diesen erhofft man neue Besiedelungsimpulse.^{40,43} Und der Niedersächsische Minister des Innern erklärt: „Die Erweiterung und Ansiedlung von Arbeitsstätten und die Wohnungsbauförderung mit öffentlichen Mitteln soll vorrangig in Schwerpunkträumen und zu entwickelnden Schwerpunkträumen vorgenommen werden.“⁴⁴

Als beunruhigte Bürger sich auf Veranstaltungen erkundigten, wer denn den ganzen Strom verbrauchen solle, sagten ihnen Vertreter der Energiegesellschaften HEW und NWK sowie Behördenvertreter entweder, daß man es nicht wisse, oder aber, daß viele neue Arbeitsplätze geschaffen würden. Beides ist nicht wahr!

In der Märzausgabe 1973 des Industrieanzeigers war zu lesen: „Die großen Schwerpunkte der Industrieansiedlungen liegen im niedersächsischen Küstenbereich. Nachdem das Land Niedersachsen in den vergangenen Jahren mit erheblichen Aufwendungen die infrastrukturellen Voraussetzungen für Neuansiedlungen in Stade und Wilhelmshaven geschaffen hat, zeigen sich hier auch die großen Erfolge: In beiden Orten werden Industriekomplexe entstehen, die in ihren Endausbaustufen jeweils weit mehr als 2 Mrd. Investitionen erfordern. In Stade errichtet Dow



Das Norddeutsche Ruhrgebiet?

Chemical einen Chemiekomplex, in den bereits 500 Mill. DM investiert worden sind. Die VAW baut eine Aluminiumoxidfabrik und eine Aluminiumhütte. Für Wilhelmshaven hat sich nach der Alusuisse Atlantik, die eine Tonerdefabrik plant, auch die Mobil Oil entschieden. Mobil Oil wird eine Raffinerie mit einer Endkapazität von 28 Mill. jato. errichten . . . Emden wird voraussichtlich Kopfstation für in der Nordsee gefördertes Gas mit angeschlossenen petrochemischen Anlagen und Standort des vierten niedersächsischen Kernkraftwerkes . . . Das Energieangebot ist in Emden reichlich. Das Kraftwerk Emden der Nordwestdeutschen Kraftwerke AG (NWK) verfügt über eine Kapazität von 777 MW. Nach den Plänen der NWK soll auf dem Rysumer Nacken ein Kraftwerkszentrum mit einer installierten Leistung von rund 5000 MW entstehen! . . . Außerdem führt das Wirtschaftsministerium Verhandlungen über eine Anzahl weiterer Ansiedlungen in Emden . . . Ganz besondere Aufmerksamkeit kommt dem Gebiet im Wybelsumer Polder und am Rysumer Nacken zu. Es umfaßt eine Fläche von insgesamt etwa 1100 ha und hat direkten Zugang zum Wasser. Hier bieten sich ideale Möglichkeiten für die Ansiedlungen von Industrien mit großem Flächenbedarf.⁴⁵

Die Bewohner der näheren Umgebung des Kernkraftwerkes Esenshamm können davon ein Lied singen: Zink- und Bleihütten, Asbest- und Titanwerke . . . Wie man hört, kommt ein Teil dieser Firmen in die Bundesrepublik, weil sie aufgrund ihrer umweltgefährdenden Produktionsweise in anderen Ländern keine Bauerlaubnis bekommen!⁴⁶

Immer mehr Bürger bemerken, was man mit ihnen vorhat. Ein gutes Beispiel ist folgender Leserbrief: „Die Angst der Bevölkerung richtet sich heute nicht mehr allein gegen eine Gefährdung durch die Atomkraftwerke selbst, sondern in erster Linie gegen die mit der massierten Energieproduktion zwangsläufig verbundenen Industriekonzentrationen. Wenn z. B. beabsichtigt ist, bei Brunsbüttel mit drei Kernkraftwerken, zwei Kohlekraftwerken und einem Gasturbinenwerk bis 1985 6000 Megawatt an elektrischer Energie zu erzeugen, so kann sich jeder Laie vorstellen, welche ungeheure Industrialisierung in dieser Region zu erwarten ist. Wenn nicht diesem schon hemmungslosen Industriewachstum Einhalt geboten wird, werden wir im Verlauf weniger Jahre eine Zerstörung unserer Umwelt und damit eine Vergiftung des für die Hamburger Bevölkerung so wichtigen Wassers und der Luft in einem bisher unbekanntem und unvorstellbarem Ausmaß erleben. Es wird nicht mehr ausreichen, ‚Umweltschutz‘ darin zu sehen, daß man das achtlose Wegwerfen von Bananenschalen beanstandet.“⁴⁷

Das Atomkraftwerk Stade wird mit der von ihm erzeugten Energie von 630 MWe fast ausschließlich die VAW Bützfleth (Vereinigte Aluminium-Werke) beliefern, die im Endausbau 240 000 t Jahresproduktion Aluminium planen. Dies wird zu einem Tagesausstoß von etwa 1000 kg Fluor führen, da man 1–1,5 kg Fluor pro Tonne Aluminium zugrundelegt.⁴⁸ Fluor ist für Pflanzen und auch Tiere ein gefährliches

Gift. Neuerdings wurde auch von Schäden bei Menschen berichtet. In der Bundesrepublik bestehen für Fluor bisher keine erlaubten Maximalkonzentrationen in der Atemluft. Für gasförmige Fluorverbindungen hat die UdSSR einen Tagesmittelwert von $0,005 \text{ mg/m}^3$ gesetzt. Da eine Kombination von verschiedenen Giften auf die Anwohner einwirkt und die Forscher der UdSSR gleichzeitig erklärten, daß der Tagesmittelwert nicht immer vor Schäden schützt, muß dies kein absolut sicherer Wert sein. Schon dies reicht aus, um täglich 200 000 000 000 m^3 Luft zu verseuchen, mitten in einem Obstanbaugebiet!⁴⁹ Das geplante Atomkraftwerk Geesthacht soll der hauptsächliche Stromversorger für die US-Reynolds Aluminium Co. sein, die in Finkenwerder ebenfalls Aluminium produzieren werden und dies fast mitten im Stadtgebiet von Hamburg. Ähnlich verhält es sich mit der Döw-Chemical Co. in Stade, in deren Nähe bereits des öfteren Chlor gerochen wurde. Ein stärkeres Chlorleck bei ungünstigen Wetterbedingungen kann jedoch die Bevölkerung Stades töten!⁵⁰ In Stade wurden aber keinerlei Vorkehrungen getroffen, um im Notfall die Bevölkerung zu schützen. Produktionsgüter wie Einweggetränkebehälter aus Aluminium, Plastik und Glas, Pflanzenschutzmittel, Plastikverpackungen usw. verbrauchen bei der Produktion enorme Mengen an Elektrizität. Dies sind aber Dinge, die die Qualität unseres Lebens nicht erhöhen, sondern verschlechtern und auf die wir größtenteils gut verzichten können.

Statt aufgrund solcher Überlegungen und Tatsachen den Energieverbrauch und das Wirtschaftswachstum zu drosseln, sind Zuwachsraten für die Planungsorgane die bestimmende Größe. Wenn Bürger auf ihre legitimen Rechte nicht verzichten wollen, droht man ihnen mit Stromsperrungen wie in diesem Zeitungsartikel: „In der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts sei in Schleswig-Holstein mit ständigen Energieengpässen zu rechnen, falls der Kraftwerkbau nicht zügig vorangetrieben werde. Das erklärte der schleswig-holsteinische Sozialminister Claussen (CDU). Die Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) hatten sogar die Auffassung vertreten, daß es 1975/76 zeitweise zu Stromsperrungen für die Haushalte kommen könnte. Durch Verwaltungsklagen von Umweltschützern verzögerten sich die Genehmigungsverfahren beim Bau neuer Kernkraftwerke erheblich, sagte Claussen.“^{50 a}

Mit seiner Panikmache steht Claussen in durchaus guter Gesellschaft da, sowohl die stromproduzierende Industrie wie auch Spitzenpolitiker stimmten in den Chor mit ein. Strommangel sei bereits spürbar, meinte Helmut Schmidt im November 1976 in seinem Wahlkreis Hamburg-Bergedorf: „In meinem Sommerhaus am Brahmsee“, wo die Stromlieferung für die Nachtspeicherheizung „für das Winterhalbjahr gesperrt wird.“ Der Kanzler: „Brokdorf muß gebaut werden.“ Der Spiegel schrieb dazu: „Hier irrte Schmidt. Der Rundbrief des zuständigen Elektrizitäts-Unternehmens Schleswig kündigte lediglich eine Erhöhung der Grundgebühr für ganztägige E-Heizungen an. An eine Einschränkung der Stromlieferung ist von der Schleswig nicht gedacht.“^{50 b} Auch der damalige Ministerpräsident Filbinger

verkündete 1977: „Dann gehen noch vor 1980 die Lichter aus.“⁵¹ Und Dr. Guck vom Vorstand des Badenwerks: „Schon für 1976–1978 ist bei der Stromversorgung mit Schwierigkeiten zu rechnen.“⁵² Von seinem Kollegen, dem Geschäftsführer der VDEW, wurden solche Parolen in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 21. 11. 1979 jedoch wörtlich als „dumme Panikmache“ bezeichnet!

Die Elektrizitätswerke bemühen sich intensiv, den Verbrauch an Strom anzuheizen.

Vor Jahren gab es kaum ein öffentliches Verkehrsmittel, das nicht die Aufschrift „Sauber-E-Wohnen – feine Sache“ und andere Plakate trug, auf denen sich wohlighäkelnde Blondinen einem die Kunde vom Heißwasserbad usw. werbewirksam weismachten. Das Projekt hatte einen Umfang, der auf einen Millionenetat schließen läßt. Offenbar lohnt es sich, den Stromverbrauch anzuheizen! Aus den USA hört man die Empfehlungen von Dr. McNulty und die Planung der Elektrizitätserzeugenden Industrie: Das wirklich dicke Geschäft läßt sich machen, wenn bis 1987 der Aluminiumverbrauch vervierfacht wird, wenn die Produktion von Stahl sowie Aluminium und der Bau von Petroleumraffinerien drastisch erhöht wird, und wenn man die Bevölkerung dazu bekommen könnte, mehr Heizstrom, Klimaanlage und elektrische Geräte zu verwenden. Dann ließe sich der Verkauf von Elektrizität bis 1985 verdreifachen.⁵³

Bei der Elektrizitätserzeugenden Industrie und den Herstellern von Atomkraftwerken wird alles getan, um dieses Ziel zu erreichen. Im Jahr 1970 wurden etwa 1% aus Atomstrom gedeckt, und im Jahr 2000 sollte nach Angaben der Nixon-Regierung der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung auf etwa 60 bis 70% ansteigen.⁵⁴ Die der UNO angeschlossene IAEA (Internationale Atom Energie Agentur) gibt folgende Voraussicht: Der Weltenergieverbrauch stieg in den letzten 20 Jahren jährlich um 8% an. Das ist bedeutend mehr als z. B. die Bevölkerungsrate, die im gleichen Zeitraum um 2,3% jährlich anstieg. Wenn man eine durchschnittliche Zuwachsrate von 8% bis 1980 und eine 6%ige Zuwachsrate bis zum Jahr 2000 annimmt, so wird der Weltverbrauch von 4900×10^9 KWh(e) im Jahr 1970 auf $10\,500 \times 10^9$ KWh(e) in 1980 und auf $33\,600 \times 10^9$ im Jahre 2000 anwachsen. Weiterhin schätzt man, daß die bis zum Jahr 2000 erbauten Kernkraftwerke etwa 90% der Gesamtstromerzeugung ausmachen.⁵⁵

Das bedeutet, daß bei einer Versiebenfachung des Bedarfs bis zum Jahre 2000 etwa 70% aus Atomkraftwerken gedeckt werden soll. Damit ist eine fast 500fache Zunahme von Kernkraftwerken verbunden.

Ein weiterer Plan der AEC sieht vor, daß 24 000 Reaktoren von der sechsfachen Größe der heute üblichen Blöcke gebaut werden, um den Weltenergiebedarf zu decken. Die Zeitschrift „Stern“ hat diese Phantastereien 1973 in zwei großen Artikeln kritiklos übernommen.⁵⁶ Dr. Aurello Peccei nannte solche Vorstellungen über die Probleme des Brennstoffs und der Umweltverschmutzung erschreckend.

Wenn man eine dreißigjährige Betriebszeit pro Kernkraftwerk annimmt, so bedeutet dies, daß man tagtäglich zwei der Kernkraftwerke wieder beseitigen müßte. Wohin dann mit dem ganzen strahlenden Schrott?⁵⁷

Dr. Alvin Weinberg, prominenter Atomkraftbefürworter aus den USA, forderte weltweit bis zum Jahr 2020 10 000 Atomkraftwerke, bis zum Jahr 2050 20 000 und für das Jahr 2075 sogar 30 000 große Atomkraftwerke. Dagegen erscheinen die Pläne der Bundesregierung zum Ausbau der Atomenergie noch bescheiden. Aber dafür macht man um so deutlicher, „daß es ohne Atomenergie nicht geht“. So sagte die Bundesregierung im Bundestag: „Die zuverlässige, rechtzeitige und kostengünstige Bereitstellung von Energie ist für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft wesentlich.“⁵⁸ Und an anderer Stelle: „Die Bundesregierung teilt die Auffassung von Bundesminister Matthöfer, ‚ohne die Kernenergie wäre die Wirtschaft gefährdet‘.“⁵⁹

In diesem Reigen beteiligen sich in schöner Eintracht die CDU/CSU: „Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist für die Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar“; der Verband der Deutschen Industrie: „Die Zielsetzung der Energiepolitik wird sich ohne einen wesentlichen Beitrag der Kernenergie nicht verwirklichen lassen“; und die Gewerkschaften: „IG Metall: Kernenergie unvermeidbar“, „die DAG hat in ihren energiepolitischen Forderungen von 1974 den Bau von Kernkraftwerken verlangt.“^{60,61,62}

Der Grund für dieses Engagement erscheint sehr vordergründig in Äußerungen des damaligen Bundesministers Dr. Friderichs und von Bundesforschungsminister Volker Hauff. So sagte Dr. Friderichs vor dem Bundestag: „Aber es soll niemand glauben, daß der Schah von Persien, die Regierung von Spanien oder wer auch immer bereit wäre, noch ein deutsches Kernkraftwerk zu kaufen, wenn wir sagen: In unserem Lande bauen wir davon kein Stück mehr, weil sie uns zu gefährlich sind.“⁶³ Und Volker Hauff behauptete, daß die Nukleartechnologie „Flaggschiff-Funktion“ für den deutschen Industrieexport habe.⁶⁴ Der wahrscheinliche Grund hierfür: Die Kraftwerks-Union braucht sechs bis acht Atomkraftwerksaufträge pro Jahr, damit Gewinne erzielt werden können. Zwei bis drei Aufträge sind das Minimum, um die Reaktorindustrie über Wasser zu halten. Das geht natürlich nur über den Export, und somit sind die Reaktoren in der Bundesrepublik auch häufig Demonstrationsobjekte für ausländische Abnehmer. Das erklärt auch, warum in der Bundesrepublik die größten Atomkraftwerke gebaut wurden, obgleich man hierzulande aus politischen Gründen lange daran gehindert wurde, Atomkraftwerke zu bauen. Man versuchte, die mangelnden Erfahrungen durch eine forsche Vorgehensweise auszugleichen, indem man in wenigen Jahren die Kraftwerksgrößen verdoppelte.

Die Politiker drängten auf einen zügigen Ausbau der Atomkraft. Nicht weniger als 40 000 Megawatt Kernstrom-Kapazität schrieben die Verfasser des ersten Bonner Energieprogramms im Herbst 1973 bis 1985 fest. „Besser“ sollten es sogar

50 000 sein. Eine so stetige Verlängerung von Wachstumskurven aus den sechziger Jahren aber erscheint absurd: sie würde bis zum Jahre 2000 zu einer Verneinung des Bedarfs in den Industriestaaten führen.^{65,66}

Amory Lovins, der Energieexperte der „Friends of the Earth“, beschreibt die Folgen einer solchen Energiepolitik für die USA: „Wenn wir den harten Weg einschlagen, gibt es in diesem Land im Jahre 2000 450 bis 800 Atomkraftwerke, 500 bis 800 riesige Kohlekraftwerke, 1000 bis 1600 neue Kohlebergwerke, 900 große Bohrfelder im Meer und vielleicht fünfzehn Millionen Elektro-Autos.“⁶⁷ Die Umweltbelastung wäre enorm. Die Unfälle mit Öltankern beispielsweise würden noch mehr steigen, obgleich sich bereits zwischen 1969 bis 1973 3000 Unfälle mit Öltankern zugetragen haben.⁶⁸ Dennoch versuchen einige Politiker den harten Kurs zu fahren, obgleich sogar die amerikanische Energiebehörde ERDA 1975 in einem Report vor einer weiteren Expansion der Atomenergie warnte. Dieser Kurs sei durch mangelnde Kenntnisse, mangelnde Uranvorräte und knappe Urananreicherungskapazitäten ab 1983 gefährdet. Weiterhin wird festgestellt, daß die Industrie nicht in der Lage sei, die Kosten für die Wiederaufbereitung zu tragen, da sie nicht wirtschaftlich sei. Die Wirtschaftlichkeit der Plutoniumwiederverwendung sei ebenfalls nicht bewiesen, die Sicherheitsvorkehrungen für das Plutonium seien nicht einmal entwickelt und die Langzeitlagerung des hochaktiven Mülls hätte nicht erfolgreich demonstriert werden können.⁶⁹

Das Amt für Wissenschaft und Technik der US-Regierung hat 19 Langzeitplanungen des Energieverbrauchs überprüft. Viele der Langzeitplanungen, so bemerkt der Bericht, sind äußerst zweifelhaft, da die meisten Brennstoffe nicht unbegrenzt vorhanden und auch nicht konstant im Preis sind und die Umweltvernichtung ihren Einsatz stark einschränken wird. Besonders hebt man die Umweltbeeinträchtigung durch die Produktion und den Verbrauch der Energie hervor, die als natürliche Folge den Konsum stark drosseln wird.⁷⁰ In vier Gutachten, die von der Rand Corporation (einem der größten Forschungsinstitute der USA und der Welt) im Auftrage mehrerer staatlicher Behörden angefertigt wurden, wird ausdrücklich vor der Kernenergie als der ungünstigsten Alternative gewarnt. Es bestünden noch zu viele Probleme, die vorher alle gelöst sein müßten, ehe man sich auf so ein gefährliches Unterfangen einließe. „Der Versuch, die Bedarfsdeckung an Elektrizität den Zukunftsforderungen anzugleichen, wird zu schweren Umweltproblemen führen. Dies sind die Probleme von Transport und Ablagerung des hochradioaktiven Atommülls, der fragwürdigen Sicherheitssysteme der heutigen Kernkraftwerke bei einem Unfall, der Konflikte bei der Landeserschließung für die Standortbestimmung eines großen Kraftwerkes, der Luftverschmutzung, langzeitiger Klimaschäden und der Frischwasserreserven. Andere Probleme, die die Wärmeeffekte auf größere Gewässer (hauptsächlich die Meere) und die radioaktiven Emissionen durch den Normalbetrieb eines Kernkraftwerkes mit sich bringen, erscheinen zur Zeit

keine Gefahr in der Zukunft darzustellen, wenn den Lösungen in der nächsten Zeit genügend Aufmerksamkeit gewidmet wird.“^{71,72,73}

Die Rand Corporation bildete aus diesem Anlaß eine Energiekommission, die zu einigen interessanten Folgerungen kommt: „Eigentlich war geplant, daß der Verbrauch von Energie unsere Lebensqualität erhöht. Jedoch wird es immer deutlicher, daß die Erzeugung und der Verbrauch an Energie für eine ernste Verschlechterung der Umwelt verantwortlich sind, die nur unsere Lebensfreude verringern kann.“

„Die Kommission kam zu dem Schluß, daß eine Verminderung des Energieverbrauchs, Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums wesentliche Punkte zur Verbesserung der Umwelt sind, wenn auch nicht die alleinigen . . . Die Durchführung einer energiesparenden Politik erfordert große Veränderungen der Öffentlichkeit in ihrer Einstellung zur Energie als einer Ware.“⁷⁴

Aber auch andere Faktoren werden die Industrie bei den gegenwärtigen Zuwachsraten des Energiebedarfs bald an die Grenze des Möglichen gelangen lassen. Von Dr. Malcolm Peterson (Komitee für Umweltinformationen) stammt folgendes Beispiel: Nehmen wir an, unsere gesamte Elektrizität würde durch moderne 1000 MWe Kernkraftwerke erzeugt. Wenn ein jedes 300 m Seitenlänge hätte, und wir im Augenblick 300 solcher Kraftwerke besäßen, so wäre nach weniger als 20 Verdoppelungen das gesamte in den USA zur Verfügung stehende Land aufgebraucht.^{75,76}

Wenn der Stromverbrauch sich jedes Jahrzehnt verdoppeln würde, wie es uns die Atomlobby und die ihnen hörigen Politiker weismachen wollen, so würde jeder Bundesbürger in 200 Jahren so viel Strom verbrauchen, wie heute die größten Atomkraftwerke in der Welt erzeugen.

Aber es war nicht etwa aus dieser Erkenntnis, daß das deutsche Atomprogramm zurückgeschraubt wurde, sondern es waren einfach Absatzschwierigkeiten. Der so vielbeschworene Energiemangel bestand nur in den Hirnen der Politiker: ein Hirngespinnst!

Daraufhin wurde das Programm zurückgeschraubt. 1979 war nach dem letzten Stand vorgesehen, zu den 16 schon laufenden und den elf bereits im Bau befindlichen Atomkraftwerken bis 1985 nur noch weitere neun zu errichten. Insgesamt sollten alle diese Kraftwerke 33 400 Megawatt leisten, etwa 30 Prozent der westdeutschen Stromkapazität.⁷⁷ Aber schon wenige Wochen später wurden diese Zahlen erneut korrigiert. Im „Spiegel“ sagte der Kraftwerk-Union-Planer Hartmut Nierhoff: „Man kann heute allenfalls mit 19 000 bis 20 000 Megawatt rechnen, und darin sind Brokdorf und Grohnde bereits enthalten.“⁶⁶

Bei der Planung ihrer neuen Atomkraftwerke waren die Stromerzeuger noch von jährlichen Zunahmen des Stromverbrauchs um sieben Prozent ausgegangen. Durch die Rezession und durch erste Erfolge beim Energiesparen ist der Stromzuwachs in

den letzten fünf Jahren auf durchschnittlich 3,6 Prozent zurückgegangen. Außerdem bestanden bereits vorher erhebliche Stromreserven. Dadurch ist die gegenwärtige Situation durch erhebliche Überkapazitäten gekennzeichnet. 1976 betragen sie ca. 20 500 MW. Das ist immerhin das Zwei- bis Dreifache der derzeit durch Atomkraftwerke erzeugbaren Leistung.⁷⁸ Und dies, obgleich beträchtliche Kraftwerksreserven stillgelegt wurden. So legte die Steag sogenannte „alte Mühlen“ still,⁷⁹ und auch Texaco versuchte umsonst, den Strom des Kraftwerkes „Bismarck“ loszuwerden: „Mehrjährige Bemühungen, für die vorhandene freiwerdende Kraftwerkskapazität eine Weiterbeschäftigung zu finden, sind erfolglos geblieben. Es wurden alle in Frage kommenden öffentlichen Versorgungsunternehmen und industriellen Stromerzeuger angesprochen. Keines der Unternehmen sah eine Möglichkeit für einen wirtschaftlichen Einsatz des Kraftwerks.“⁸⁰ Das Kraftwerk wurde am 31. Mai 1979 stillgelegt.

Der Abgeordnete Wolfram (SPD) fragte im Bundestag: „Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in Zeiten einer sich verstärkt abzeichnenden Energielücke im deutschen Steinkohlebergbau im Jahr 1977 an zehn Arbeitstagen nicht gefördert wird und die Bergleute Kurzarbeit hinnehmen müssen . . .?“⁸¹ Zusätzlich blasen heute die dampferzeugenden Industrien, die noch 1971 38 Milliarden KWh zu der Stromerzeugung der Bundesrepublik beitrugen, ihren Dampf in die Luft ab. Keiner will den Strom haben, man sitzt selbst auf genügend Überkapazitäten.⁸² Nach einer Studie des Mineralölkonzerns BP könnte die industrielle Kraftwirtschaft zusätzlich etwa 5000 MW bereitstellen, wenn deren Stromerzeugungskapazitäten systematisch genutzt würden.

Nach Angaben des Verbandes der industriellen Kraftwirtschaft (VIK) könnten praktisch ohne zusätzlichen Primärenergieeinsatz ca. 21 000 MWel bereitgestellt werden. Daß dies nicht geschieht, wurde durch die äußerst bedenkliche Monopolpolitik der großen Elektrizitätsversorgungsunternehmen verursacht, die durch ihre Preisgestaltung und durch das Blockieren ihrer Leitungsnetze dafür sorgen, daß hier Energie in gewaltigen Mengen vergeudet wird.⁸³ In dieser Situation von einer „Stromlücke“ zu sprechen, ist glatter Hohn. Es handelt sich hier eindeutig um eine psychologische Kriegsführung, um das Milliardengeschäft mit der Kernkraft noch rasch unter Dach zu bringen. Daß das Thema nach wie vor aktuell ist, zeigt eine Meldung des „Spiegel“: „In Gesprächen mit Gewerkschaftern, beispielsweise vom nordrhein-westfälischen DGB-Landesverband, hat sich Biedenkopf auch außerhalb der Partei Unterstützung für seinen Kernkraft-Kurs besorgt. Denn, so das Kalkül des Professors, die Angst vor dem Blackout sitze bei vielen Organisationen tiefer als die Loyalität zur SPD. ‚Das wird unser Juckpulver im Wahlkampf‘, freut sich der Duisburger Bundestagsabgeordnete Ferdi Breidbach, selber Gewerkschafter und Mitglied des Arbeitnehmerflügels der CDU.“⁷⁷

Die Energielücke ist aber nicht die einzige Lüge der Atomlobby. Eine weitere

unwahre Behauptung ist, daß ohne Energiezuwachs kein Wirtschaftswachstum möglich wäre. Die Bundesregierung geht davon aus, daß ein Wirtschaftswachstum nur mit einem starken Energiezuwachs möglich ist. Diese Annahmen liegen für die Zweite Fortschreibung des Energieprogramms der Bundesregierung zugrunde.^{84,85}

Die amerikanischen Wirtschaftler Hudson und Jorgenson haben sich eingehend mit der Frage befaßt, ob Energiewachstum und Wirtschaftswachstum voneinander abhängig sind. Sie kommen zu dem Schluß, daß eine Verringerung der Energienachfrage bis zum Nullwachstum stattfinden kann, ohne daß es zu einer Störung der Wirtschaft kommt.⁸⁶ Die Untersuchung der „Ford-Stiftung“ über Amerikas Energiezukunft kam bereits 1974 zu dem Ergebnis, daß bei einer Verringerung des Energieverbrauchs weder die Wirtschaft noch die Beschäftigungslage zu leiden hat. Die Studien der „Ford-Stiftung“ stützen sich auf umfangreiche Datensammlungen über die amerikanische Wirtschaft, die mit Hilfe von Computersimulationen verarbeitet wurden.⁸⁷

Eine Studie im Auftrage der amerikanischen Akademie der Wissenschaften, unter Leitung des Atomkraftbefürworters Dr. Alvin Weinberg, kam zu dem Schluß, daß ein Wirtschaftswachstum von 2,5 bis 3% pro Jahr bis 2010 ohne Neubau von Atomkraftwerken möglich sei.⁸⁸ Und Vertreter des „Ökologischen Instituts“ der Universität Kaliforniens stellten vor dem US-Kongress fest: „. . . nach einem bestimmten Energieverbrauch pro Kopf führt jedes weitere Energiewachstum zu einer Anzahl negativer Folgeerscheinungen, verbunden mit einer geringeren Zuwachsrates an Arbeitsplätzen.“⁸⁹

Die Schweizerische Energie-Stiftung schreibt dazu: „Eine Übertragung der Untersuchung der Ford-Stiftung auf die Verhältnisse in der Schweiz oder auch in der BRD führt zu ähnlichen Schlüssen. Eine schrittweise Energiestabilisierung leistet einen Beitrag zur Sicherung oder sogar zur Vermehrung der Arbeitsplätze. Der mit der Stabilisierung verbundene technische Wandel gibt mehr Menschen Arbeit als die energieverschleißende Großtechnologie; und sie gibt ihnen qualitativ hochwertige Arbeit . . . Auf lange Sicht begünstigt ein gleichbleibendes Energieangebot arbeitsintensivere Produktionsverfahren gegenüber energieintensiven, es vermindert die Gefahr der Wegrationalisierung, also Aufhebung von Arbeitsplätzen.“⁹⁰

Auch in der Bundesrepublik kamen die ersten Studien heraus, die den Zusammenhang von Energiewachstum und Wirtschaftswachstum anzweifelten.⁹¹ Und in der „Zeit“ vom 16. 11. 1979 war zu lesen: „Berechnungen für 15 Länder haben im Detail ergeben, daß ein kräftiges Wirtschaftswachstum und erhebliche Verbesserungen des Lebensstandards mit einem langfristig konstanten oder gar sinkenden Energieverbrauch vereinbar sind. Dabei wird durchweg angenommen, daß nur Technologien angewandt werden, die heute schon erprobt und wirtschaftlich sind. Veränderungen in den sozialen Verhaltensweisen über das gewohnte Maß hinaus werden nicht vorausgesetzt. Einige Beispiele: